

Yasmin Osman Frankfurt

Der Großumbau bei der Deutschen Bank könnte weitere Veränderungen im Vorstand nach sich ziehen. Karl von Rohr wird nach Informationen des Handelsblatts seine Funktion als Arbeitsdirektor abgeben. Als Nachfolger dafür seien Organisationschef Frank Kuhnke und der Neuvorstand Stefan Simon im Gespräch, bestätigten mehrere Insider dem Handelsblatt.

Die Überlegungen seien noch in einer frühen Phase, hieß es in Finanzkreisen. Letztlich sei aber nur offen, wann von Rohr die Aufgabe abgebe und wer sie für ihn übernehme. Auslöser für die Überlegungen sind Insidern zufolge die zusätzlichen Aufgaben, die Karl von Rohr beim jüngsten Vorstandsumbau erhalten hat: Er übernimmt nach dem Abgang von Frank Strauß das Privatkundengeschäft. Außerdem ist er nach dem Rücktritt von Investmentbankingchef Garth Ritchie nun der einzige Vize von Vorstandschef Christian Sewing.

Die Bank wollte sich zu den Informationen nicht äußern. Ein Sprecher des Instituts betonte, Arbeitsdirektor sei der stellvertretende Vorstandsvorsitzende - also Karl von Rohr -, und an weiteren Spekulationen wolle man sich nicht beteiligen.

Die Aufgabe des Arbeitsdirektors ist mit Blick auf den geplanten Umbau wichtig - und arbeitsintensiv: Der oberste Personalchef muss in den nächsten Jahren den Abbau von rund 18000 Arbeitsplätzen in der Bank koordinieren. Das Finanzinstitut will nicht zuletzt durch Stellenstreichungen bis 2022 die um Sondereffekte bereinigten Kosten um weitere sechs Milliarden Euro senken. Ein guter Draht zu den Gewerkschaften und Betriebsräten ist für die Verhandlungen wichtig.

Der Rechtsanwalt Stefan Simon hätte fachlich das Zeug zum Arbeitsdirektor: Als Jurist gilt er zwar vor allem als Experte für gute Unternehmensführung, Compliance und Unternehmensrecht, er hat aber auch schon Tarifverhandlungen und Schlichtungen geleitet. Mit dem Rechts-Ressort übernimmt er außerdem ohnehin einen Teil der bisherigen Aufgaben von Rohrs. Sein Interesse auf die Position des Arbeitsdirektors gilt aber als begrenzt. „Stefan Simon strebt nicht nach diesem Posten“, sagte eine mit den Vorgängen vertraute Person dem Handelsblatt. Mit der Zuständigkeit für Rechts- und Regulierungsfragen sieht sich Simon offenbar als ausreichend ausgelastet.

bleibt Organisationschef Frank Kuhnke, der im Rahmen des Vorstandsumbaus seine Zuständigkeit für IT-Fragen an den früheren SAP-Vorstand Bernd Leukert abgeben soll. Kuhnke soll die Prozesse der Bank verschlanken und die Kosten in den Infrastrukturbereichen deutlich senken. Es liegt nahe, dass die Bank dort nennenswert Stellen abbauen wird. Als Arbeitsdirektor hätte Kuhnke einen größeren Einfluss darauf, dass die nötigen Jobstreichungen auch zügig umgesetzt werden.

Teure Einigung

Aus Sicht von Gewerkschaften und Betriebsräten wäre ein neuer Arbeitsdirektor die zweite bedeutende Änderung im Vorstand innerhalb kurzer Zeit. Schon der Abgang von Privatkundenchef Strauß gilt als Einschnitt. Dem Manager, der die Bank Ende Juli verlässt, wird insbesondere zur Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ein enger Draht nachgesagt. Zu eng, für den Geschmack seiner Kritiker. Als Beispiel gilt ihnen einer der beiden Abschlüsse zur Postbank-Integration, die Strauß noch wenige Tage vor seiner Demission erzielte.

Strauß hatte mit den Gewerkschaften den Abbau von 750 Stellen in der Zentrale der Privatkundensparte bis Ende 2020 vereinbart sowie den Abbau von knapp 1300 Stellen im Bereich Operations, also für Abwicklungs- und Serviceaufgaben wie Kontoservice, Kreditabwicklung und ähnliche Verwaltungstätigkeiten. Organisiert werden soll der Abbau in Operations bis 2022 vor allem über das Auslaufen befristeter Verträge, die Beendigung von Zeitarbeitsverträgen und natürliche Fluktuation.

Diese Einigung bei Operations stößt einigen in

der Bank sauer auf. Sie kritisieren, Strauß habe den Gewerkschaften zu viele Zugeständnisse gemacht. Teil der Vereinbarung ist die Verschmelzung von drei großen Service-Töchtern von Deutscher Bank und Postbank: der BHW Kreditservice, der Postbank Service und der PCC Services. Die Vereinbarungen für diese Tochtergesellschaften sind für die Arbeitnehmer günstig - und für die Bank kostspielig, wie ein Eckpunktepapier zeigt, das dem Handelsblatt vorliegt.

Danach sollen die drei Gesellschaften bis Ende August auf die PCC Services der Deutschen Bank verschmolzen werden. Als Haustarifvertrag soll aber ab Januar 2024 einheitlich das Regelwerk der Postbank Service gelten. Das ist Finanzkreisen zufolge der kostspieligste der drei Haustarife. So sieht er etwa als einziges Regelwerk ein 13. Monatsgehalt vor. Berechnungen der Bank hätten ergeben, dass dies ab 2024 zu Mehrkosten von rund 18 Millionen Euro pro Jahr führen könnte, sagten mehrere In-

Karl von Rohr:
Ist seit dem Vorstandsumbau auch für das Privatkundengeschäft verantwortlich.



Zentrale der Deutschen Bank: Drastischer Personalabbau.

Foto: Stefan Unger

Neuverteilung der Macht

Die Deutsche Bank verändert die Aufgabenverteilung im Vorstand: **Vize-Chef von Rohr soll den für den Stellenabbau wichtigen Posten des Personalvorstands abgeben. Zwei Vorstandskollegen sind für die Aufgabe im Gespräch.**

sider dem Handelsblatt. Außerdem verpflichtet sich die Bank, die Leiharbeit auf maximal 13 Prozent der Arbeitskapazitäten zu begrenzen. Infrage kommen dabei nur Leiharbeitsfirmen, die einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbunds abgeschlossen haben.

Aus Sicht der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi ist die Einigung „ein fairer Kompromiss für beide Seiten“, wie Jan Duscheck, Fachgruppenleiter Banken bei Verdi, dem Handelsblatt sagt. „Die Bank bekommt die Geschwindigkeit, die sie für den Umbau jetzt benötigt. Auf der anderen Seite sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, und es werden auf lange Sicht gute Arbeitsbedingungen gesichert.“

Aus Sicht von Strauß' Kritikern gehen die Zugeständnisse zu weit - zumal die Bank im Gegenzug im Bereich Operations keine nennenswerten Einschnitte in der Stammebelegschaft geplant hat, sondern vor allem befristete Verträge auslaufen lassen

sowie die Zahl der Zeit- und Leiharbeiter reduzieren will. Dass sich in der Privatkundensparte mehr tun muss, hatte Vorstandschef Sewing bereits auf der Hauptversammlung angedeutet. Er sagte über die Integration der Postbank in das Privatkundengeschäft der Deutschen Bank: „Hier müssen wir noch schneller werden.“

Ob es dazu die tüchtig besetzte Führungsriege des deutschen Privatkundengeschäfts braucht, steht auf einem anderen Blatt: Der Vorstand der DB Privat- und Firmenkundenbank besteht aus elf Mitgliedern. Allein zwei Vorstände - Susanne Klöß-Braekler und Lars Stoy - kümmern sich um das Privatkundengeschäft der Postbank.

Nicht jeder in der Bank teilt die Sicht der Kritiker an der Einigung. „Es kann mühsam sein, eine Vereinbarung zu verhandeln, aber wenn sie erst einmal steht, dann funktioniert die Umsetzung ohne Lärm“, heißt es in Finanzkreisen. Die Einigung auf nur einen Haustarif sorge außerdem für weniger Komplexität. Beides dürfe man nicht unterschätzen. Die Mehrkosten von 18 Millionen Euro seien zudem nur ein kalkulatorischer Wert: „Das setzt voraus, dass die Belegschaftsstärke so bleibt, wie sie aktuell ist“, heißt es. Das legt nahe, dass die Bank den Stellenabbau in dem Bereich fortsetzen wird: Die „Laufzeit“ des geplanten Stellenabbaus endet 2022, zwei Jahre bevor der teurere Tarifvertrag in Kraft tritt.

Einige Mitarbeiter fürchten, dass die Bank bisherige Vereinbarungen noch einmal überprüfen wird. Signale dafür gibt es aber nicht, im Gegenteil. „Die vergangene Woche mit den Arbeitnehmervertretern vereinbarte Reorganisation werden wir wie geplant umsetzen“, schrieb Sewing und von Rohr an die Mitarbeiter.

So sieht es auch Verdi: „Es ist für alle klar: Die bisherigen Schutzregelungen für die Beschäftigten, die im Rahmen der Integration der Postbank in die Deutsche Bank vereinbart wurden, haben weiter Bestand“, sagt Verdi-Mann Duscheck, der im Aufsichtsrat der Bank sitzt. Betriebsbedingte Kündigungen etwa seien bis Mitte 2021 ausgeschlossen.

Werner Steinmüller

„Wir wollen in Asien weiterwachsen“

Der Asienvorstand der Deutschen Bank verspricht neue Investitionen und will im Geschäft mit wohlhabenden Asiaten neue Stellen schaffen.

Seit zwei Wochen hat Werner Steinmüller eine neue Aufgabe. Der Asienvorstand der Deutschen Bank muss 10 000 Kilometer von Frankfurt entfernt erklären, dass die Einsparungen bei seinem Konzern keinen Rückzug bedeuten sollen. Per Videokonferenz aus Singapur erklärt er seine Pläne.

Herr Steinmüller, die ersten Kündigungen gab es nach der Ankündigung der neuen Strategie vor zwei Wochen in Asien. Welche Entscheidung fiel Ihnen besonders schwer?

Wenn man beschließt, sich neu auszurichten und ein Geschäftsfeld zu schließen - wie jetzt in unserem Fall den Aktienhandel -, dann kann man nicht nur auf die Finanzdaten blicken. Wir wissen natürlich auch, was die Entscheidungen für die Menschen dahinter bedeuten, und das ist nicht immer einfach. Es war aber klar, dass wir uns auf die Bereiche fokussieren müssen, in denen wir vorne mitspielen können. Deshalb stehe ich hinter der Entscheidung, die wir getroffen haben.

Wie vermeiden Sie den Eindruck, dass die Deutsche Bank an Relevanz verliert?

Ich reise sehr viel. Ich spreche mit Kunden, mit Aufsichtsbehörden und natürlich mit unseren Mitarbeitern. Diese Woche werde ich von Hongkong aus ein Townhall-Meeting abhalten, um darüber zu informieren, was die Veränderungen speziell für unser Geschäft in der Region Asien-Pazifik bedeuten. Es geht jetzt darum, mit den Menschen zu reden.

Und wie lautet Ihre Botschaft?

Das Asiengeschäft funktioniert, wir sind hier gut positioniert. Und was besonders wichtig ist: Wir bekommen jetzt neue Ressourcen, die wir in der Region einsetzen können. Asien ist eine unserer Wachstumsregionen.

Einigen Mitarbeitern scheint der Optimismus zu fehlen. Zuletzt war von einer ständig gedrückten Stimmung die Rede. Ich habe meine Kolleginnen und Kollegen frühzeitig darauf vorbereitet, dass wir harte Einschnitte erleben werden, wo wir uns aus dem Geschäft zurückziehen. Klar ist, dass Einzelne



enttäuscht sind, aber es gibt deutlich weniger Kritik als befürchtet. Und wenn es welche gibt, kümmere ich mich persönlich um jeden, der sich meldet.

Wie viele Mitarbeiter müssen in Asien denn gehen?

Wir schlüsseln den Stellenabbau nicht nach Regionen auf. Aber wie bereits gesagt, Asien ist ein Wachstumsmarkt für uns. Wir haben in der Region rund 19700 Beschäftigte - knapp zwei Drittel im Backoffice und rund 7000 im direkten Kundengeschäft. Wir werden alle Standorte in Asien behalten. Wir sind in Gesprächen mit BNP Paribas, die Mitarbeiter im Aktiengeschäft übernehmen will. Vergangene Woche hat ein neuer hochrangiger Manager in einem unserer vier wichtigsten Märkte einen Vertrag bei uns unterschrieben. Das hätte er nicht gemacht, wenn er nicht an die Bank glauben würde.

Wo sehen Sie die Chancen?

Es ist klar: Kosten kürzen reicht nicht aus. Wir wollen wachsen, und Asien ist dafür ideal. Wir haben hier im ersten Quartal sehr gut abgeschnitten, im zweiten Quartal sind wir vor Restrukturierungskosten ähnlich zufrieden. Wir werden jetzt unsere Investitionen in die IT-Systeme beschleunigen und im Bereich Corporate Finance und im Zinsgeschäft gezielt investieren. In Australien wollen wir ein Cash-Management-System aufbauen. Auch in der Vermögensverwaltung werden wir weiter stark wachsen.

Mehr Wachstum mit weniger Personal?

Wir kürzen nicht nur Stellen, wir schaffen auch neue. In der Vermögensverwaltung stellen wir weltweit 300 Manager ein. Ein substanzialer Teil davon kommt nach Asien, weil wir in der Vermögensverwaltung am stärksten wachsen.

Insgesamt macht das Asiengeschäft erst einen Bruchteil des Umsatzes der Deutschen Bank aus.

Wir machen ungefähr 13 Prozent unseres Umsatzes in Asien. Das ist nicht unwichtig, aber entscheidend ist die Profitabilität, die wir in der Region haben. Da spielt Asien eine zentrale Rolle. Und Asien bleibt trotz einer konjunkturellen Abkühlung eine Wachstumsregion.

Bisher war Hongkong das Zentrum Ihrer Asiengeschäfte. In der Stadt hatten Sie auch das Aktiengeschäft konzentriert, von dem Sie sich jetzt trennen. Bekommt jetzt Singapur mehr Bedeutung?

Die Balance zwischen Hongkong und Singapur wird künftig ausgeglichener sein. Mein Vorstandsbüro bleibt aber in Hongkong. Die Stadt bleibt für den Zugang zu Kapitalmärkten und zu China für uns extrem wichtig.

Ihr Vertrag als Vorstand läuft nur noch bis Juli 2020. Wie geht es danach weiter?

Es ist kein Geheimnis, dass ich dann 66 Jahre alt sein werde. Man wird sehen, wie es weitergeht. Mein Job ist es nicht, an meine eigene Zukunft zu denken. Mir geht es darum, alles dafür zu tun, dass sich die Bank in der neuen Struktur gut entwickeln kann.

Ihre Wahlheimat Hongkong erlebte derzeit schwere Unruhen. Ist der Finanzplatz in Gefahr?

Ich bin Gast in Hongkong und kommentiere nicht die Politik. Ich kann aber sagen: Hongkong hat mich immer positiv überrascht. Bei der Übergabe Hongkongs an China vor 22 Jahren haben viele die Stadt abgeschrieben. Tatsächlich hat sie wahnsinnig viel erreicht. Das ist die Stärke von Hongkongs Bevölkerung, der es immer gelungen ist, ihren Weg zu finden. Ich glaube, das wird auch weiterhin so sein.

Die Fragen stellte **Mathias Peer**.